

Ja und Amen?

Kirchen und Politik in der Ukraine und in Russland im Vergleich

KATRIN BOECKH

Geboren 1967 in München,
Außerplanmäßige Professorin für
Geschichte Ost- und Südosteuropas,
Historisches Institut, Ludwig-
Maximilians-Universität München.

Der Befund ist erstaunlich: In der Agonie der Sowjetunion ab dem zweiten Drittel der 1980er-Jahre machten sich in vielen Republiken Vertreter und Angehörige von Kirchen und religiösen Gemeinschaften öffentlich bemerkbar, in den Jahren ab 1991 erfreuten sich die Kirchen

in den postsowjetischen Staaten steigenden Zuspruchs. Bis heute spielen sie keine unwesentliche Rolle, was nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 deutlich wurde. Im Folgenden stehen die Entwicklungen in Russland und in der Ukraine, die innerhalb der UdSSR als Sowjetrepubliken die *prima* und *secunda inter pares* darstellten, im Vordergrund. Der direkte kirchenpolitische Vergleich lässt Rückschlüsse auf den jeweiligen Grad der demokratischen Partizipation in der Gegenwart zu, darauf, inwieweit der allgemeine politische Diskurs durch Kirchen gefördert worden ist, und außerdem auf das Verhältnis

der Kirchen in den Ländern untereinander. Bei allen Unterschieden und kaum mehr vereinbaren Widersprüchen haben Russland und die Ukraine gemeinsam, dass die Orthodoxie jeweils die größte Kirche stellt.

Die Sowjetunion verfolgte ab der Oktoberrevolution 1917 bis kurz vor ihrem Kollaps Kirchen, Religionen und ihre Repräsentanten skrupellos. Die Orthodoxe Kirche als Stütze der gestürzten Zarenmacht gehörte zu den ersten Opfern der Bolschewiken nach 1917; bis 1939 wurden Zehntausende Geistliche ermordet. Andere kirchliche und religiöse Gemeinschaften unterlagen ebenfalls staatlicher Verfolgung, insbesondere, wenn ihr Oberhaupt außerhalb der UdSSR lebte – so bei den Katholiken der Papst in Rom – und wenn besondere ethnische Verbindungen bestanden – etwa bei den muslimischen Krimtataren. Trotz allem behielt die Orthodoxie eine Sonderstellung, weil Stalin ihre mobilisierende Kraft zu Beginn des Zweiten Weltkriegs erkannte und ihr daher ein gewisses Existenzrecht zubilligte. Der Preis dafür bestand allerdings in der Kontrolle durch die staatlichen Organe. Kaum ein Bischof wurde nicht durch den Geheimdienst ausgewählt, kein Priesterseminar war unbeobachtet durch das Innenministerium. Dennoch verhinderte die permanente Unterdrückung von Geistlichen und die aggressive Propaganda gegen Kirchen nicht, dass ein großer Teil der sowjetischen Bevölkerung gläubig blieb und im Geheimen und im Untergrund den Glauben zelebrierte.

Zur Antwort auf die Frage, wie die Kirchen überleben konnten, gehört, dass es vor allem der geglaubte Inhalt war, der überlebt hat, während kirchliche Strukturen entweder zerstört wurden oder staatlich – durch den Geheimdienst – unterwandert waren. Dabei ist gerade der Anteil der Großmütter, die dafür sorgten, dass ihre Enkel in irgendeiner Weise eine orthodoxe Bindung erfuhren, nicht zu unterschätzen. Der private Freiraum war ihr Revier. Auch die Fähigkeit der Sowjetbürger zu doppelten Loyalitäten half der Kirche: Parteimitglieder konnten nach außen hin Marx zitieren und Lenin ehren, aber im Geheimen zu Gott beten. Nach 1991 stiegen die Kirchen in den post-sowjetischen Republiken daher nicht wie Phönix aus der Asche, sondern aus einer Matrix, die sich über Jahrzehnte gehalten, allerdings theologisches Wissen durch die oftmals mündliche Weitergabe eingebüßt hatte.

BUNTE KIRCHLICHE UND RELIGIÖSE LANDSCHAFT

Nach dem Ende der Sowjetunion wurde die kirchliche und religiöse Landschaft in ihren Nachfolgestaaten sehr bunt, weil die Kirchen und Religionsgemeinschaften in ihrer Vielzahl öffentlich sichtbar wurden. In Russland erklärten sich 2007 einer Umfrage des renommierten Moskauer Meinungsforschungsinstituts VCIOM zufolge 84 Prozent der Befragten als gläubig. Von diesen bekannten sich 75 Prozent als orthodox, acht Prozent als muslimisch,

zwei Prozent als einer protestantisch-christlichen Richtung zugehörig und ein Prozent als katholisch.¹ Dazu kommen Buddhisten – wie in der autonomen Republik Kalmückien und in Burjatien –, und Juden, vor allem in Städten (in der jüdischen autonomen Region Birobidschan geht ihr Anteil stark zurück). Muslime wohnen in Tatarstan und vor allem im Kaukasus, in Dagestan, Tschetschenien, Nordossetien, Inguschetien und in Kabardino-Balkarien.

Der Orthodoxen Kirche in Russland gelang es, eine große Zahl ihrer Strukturen wiederherzustellen. Fast 10.000 Pfarreien wurden neu gegründet, 30.000 Kirchen neu errichtet, die Anzahl ihrer Diözesen verdoppelte sich.² Allerdings befand sich ein großer Teil der Pfarrgemeinden auf dem Gebiet der Ukraine, viele von ihnen waren ehemalige griechisch-katholische Gemeinden in Galizien und Transkarpatien, die 1946 beziehungsweise 1949 der Orthodoxie zwangsangegliedert worden waren. Die Rückgabe der Gemeinden und Kirchen an die griechisch-katholischen Kirchen verlief nicht ohne Konflikte, fand jedoch nach einigen Jahren heftiger Kontroversen ein Ende.

BEKENNTNIS UND KULTURELLE VERORTUNG

Trotz des breiten Bekenntnisses zur Orthodoxie ist es nicht immer die religiöse Bindung, die damit zum Ausdruck gebracht wird, sondern ein nationales Bekenntnis und eine kulturelle Verortung. Für viele Russen gehört es dazu, Ikonen im Haus, Heiligenbilder im Auto oder Kreuze am Hals zu tragen. Nur wenige besuchen regelmäßig einen Gottesdienst, bei einer Befragung in den 2010er-Jahren gaben fünf Prozent der orthodoxen Gläubigen an, sie seien nicht getauft.³

In der Ukraine waren laut der jährlichen staatlichen Erhebung 2017 insgesamt 97 kirchliche Gemeinschaften registriert: neben traditionellen Kirchen auch neue evangelikale und neo-pagane Gemeinschaften. Auch hier ist die allgemeine Religiosität hoch: Einer repräsentativen Umfrage des soziologischen Rasumkow-Zentrums in Kiew zufolge erklärten sich 2017 von den 44 Millionen Bürgern in der Ukraine etwa achtzig Prozent für religiös – in Europa ist das ein überdurchschnittlicher Wert. Jedoch unterscheidet sich die kirchenpolitische Situation in einigen relevanten Aspekten diametral von jener in Russland. Zum einen gibt es in der Ukraine eine griechisch-katholische Kirche, die im Westen des Landes konzentriert ist – in Galizien und in Transkarpatien. Das Besondere ist, dass diese wesentlich mehr Angehörige hat als die dortige römisch-katholische Kirche; in anderen Ländern ist die Relation üblicherweise genau umgekehrt. Zum anderen ist auch in der Ukraine die Orthodoxie die größte Kirche; jedoch entwickelte sich diese nach 1991 in mehreren Ausrichtungen. Die Gründe sind vor allem kirchenpolitischer Natur. So war die Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats mit einer ihm

zugeordneten Metropole von Kiew bis in die unmittelbare Gegenwart hinein die dominante Kirche, die allerdings mit zwei (zeitweise auch mehr) Ukrainischen Orthodoxen Kirchen konkurrierte. So etablierte sich 1990 die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche neu, nachdem sie sich im Zuge der ersten staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine während des Ersten Weltkriegs auf einer Synode 1921 proklamiert hatte, unter Stalin dann allerdings verboten worden war. Die Konsolidierung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche Kiewer Patriarchats, die 1992 entstanden war, hängt eng mit der Frontfigur, dem heute hochbetagten Metropoliten Filaret, zusammen. Beide ukrainischen Kirchen waren nicht kanonisch, und ihre Gläubigen verharrten in nicht anerkannten kirchlichen Strukturen.

UNTERSCHIEDE DER POSTSOWJETISCHEN ENTWICKLUNGEN

Sowohl in Russland als auch in der Ukraine erkannte die Politik die Orthodoxie als politischen Faktor, den man für eigene Ziele instrumentalisieren konnte. In Russland hat sich dabei nach 1991 die Patriarchatsführung bei politischen Anlässen allmählich in den Vordergrund geschoben. Es war die Orthodoxe Kirche selbst, die die Unterordnung suchte. Patriarch Kyrill I. pflegt seit seinem Amtsantritt 2009 engen Kontakt zu Wladimir Putin, unterstützt seinen Wahlkampf und stärkt ihm als Bewahrer „traditioneller“ Werte – was auch immer darunter zu verstehen ist – den Rücken. Dass Kyrill bewiesenermaßen einst dem sowjetischen Geheimdienst Berichte zukommen ließ, ist angesichts der sowjetischen Unterwanderung der Orthodoxie nicht verwunderlich. Kyrill selbst hat sich nie dazu geäußert. Vielmehr hat er es zu einem aufwendigen Lebensstil gebracht; unter anderem besitzt er ein nobles Moskauer Penthaus und eine (auf Fotos wegretuschierte) Luxusarmbanduhr. Dass in Russland Regimegegner ermordet oder mundtot gemacht werden, war nie Teil seiner Rhetorik. Eine enge Verbindung zwischen Kreml und Patriarchat zeigte sich, als die Frauenpunkband Pussy Riot am 12. Februar 2012 ein provozierendes „Punk-Gebet“ in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale veranstaltete und gegen Putin, aber auch gegen die regimeloyale Kirche protestierte. Die Punkerinnen wurden zu zwei Jahren Lagerhaft wegen „Anstiftung zu religiösem Hass“ verurteilt; das allgemeine Strafmaß für Blasphemie wurde auf mehrere Tausend Euro Geldzahlung, mehrere Hundert Stunden gemeinnützige Arbeit und drei Jahre Haft heraufgesetzt.

Für die Verbreitung des vom Kreml propagierten Konzepts der „Russischen Welt“ (*Russki mir*) erweist sich das Patriarchat als williges Vehikel. Zur Verbreitung der russischen Kultur wurde 2007 eine Sprach- und Kulturstiftung gegründet. Das Konzept der „Russischen Welt“ begreift alle Russen als eine kulturelle Gemeinschaft, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb der Grenzen Russlands leben. Die Sakralität dieser Gemeinschaft

sieht man in der Verbindung zum historischen Terrain der im Mittelalter bestehenden Herrschaft der Kiewer Rus, die neben der heutigen Ukraine ebenfalls Belarus umfasst.

Auch in der Ukraine geriet die Orthodoxe Kirche zu einem Mittel für die Politik. Hier sollte sie die Einheit des Landes stärken, die angesichts divergierender kultureller Regionalisierungen als schwach galt. Der Aufbau der Unabhängigkeit der ukrainischen Orthodoxie war daher ein politisches Ziel aller ukrainischen Staatspräsidenten – mit Ausnahme des von Moskau infiltrierten Viktor Janukowitsch. So unternahm der „orangene“ Präsident Viktor Juschtschenko 2008 den Versuch, den Ökumenischen Patriarchen von der Autokephalie zu überzeugen, als dieser Kiew anlässlich der Feierlichkeiten zum 1020. Jahrestag der Taufe der Kiewer Rus besuchte. Dies blieb jedoch ohne Erfolg. Erst nach längerem Zögern und unter Berücksichtigung der Moskauer Aggression gegen die Ukraine wurde die Unabhängigkeit der Ukrainischen Orthodoxen Kirche zugestanden. Dafür hatten sich 2018 beide Ukrainischen Orthodoxen Kirchen auf einer Synode in Kiew zusammengefunden; 2019 verlieh das Ökumenische Patriarchat der neuen Orthodoxen Kirche der Ukraine die Autokephalie. Das Moskauer Patriarchat erkannte diesen Schritt nicht an und kündigte die kirchliche Gemeinschaft mit dem Ökumenischen Patriarchat auf. Zudem baut es kirchliche Parallelstrukturen zu jenen Kirchen auf, die die Orthodoxe Kirche der Ukraine anerkennen. Dass der Heilige Synod, das leitende Gremium der Russischen Orthodoxen Kirche, im Dezember 2021 auf dem Gebiet des Patriarchats von Alexandria und ganz Afrika ein Exarchat aufbaute, folgt der Politik des Kremls, den politischen Einfluss dort massiv zu verstärken.

GEGENSÄTZLICHE POLITIKEN BEZÜGLICH RELIGIÖSER PLURALITÄT

Bezüglich der religiösen Freiheit und Vielfalt haben sich in der Ukraine und in Russland gegensätzliche Politiken ergeben. In der Ukraine ist die religiöse Pluralität staatlich zugelassen, es gibt keine prinzipiellen Einschränkungen. Kein Präsident, auch bei Betonung der Orthodoxie als vorherrschender Glaubensrichtung, hat die Existenz einer anderen behindert oder wäre gegen religiöse Pluralität vorgegangen. In Russland hingegen wird die Orthodoxie als „traditionelle Religion“ bevorzugt; auch der Islam hat sich wohlwollend dem Staat untergeordnet und bildet keine oppositionelle Stimme. „Nicht-traditionelle“ Kirchen hingegen verlieren immer mehr die Möglichkeit, ihren Glauben auszuüben. Schwierig ist dies insbesondere für Kirchen mit Beziehungen ins Ausland, die als besonders verdächtig gelten. Die Gefahr, als „ausländischer Agent“ eingestuft zu werden und damit nahezu sämtliche Wirkungsmöglichkeiten zu verlieren, ist hoch.

Ähnlich wie in kommunistischen Zeiten, als alle Kirchen mit ihren schieren Überlebensstrategien beschäftigt und daher die Kontakte zueinander versperrt waren, ist im gegenwärtigen Russland eine ökumenische Verständigung kaum möglich. Anders in der Ukraine: Hier haben die meisten Kirchen nach 1991 verstanden, dass sie sich zusammenschließen müssen, um politisch und gesellschaftlich gehört zu werden. So entstand 1996 der „Allukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen“ als interkonfessionelles und interreligiöses konsultatives Organ. Er umfasst neunzig Prozent der religiösen Gemeinschaften in der Ukraine in sechzehn christlichen, muslimischen und jüdischen Glaubensgemeinschaften. Der Rat trifft sich regelmäßig unter rotierender Führung, die auch zahlenmäßig kleine Kirchen übernehmen, und äußert sich zu politischen Fragen und führt somit vom Staat unabhängige Argumente in den gesellschaftlichen Diskurs ein.

RELIGIONSVERFOLGUNG UND RAZZIEN

Während der beiden von Zivilbewegungen getragenen ukrainischen Revolutionen – der Orangen Revolution 2004/05 und des Euromaidans 2013/14 – engagierten sich die Kirchen auf der Seite der Demokratie einfordernden Demonstranten. Die eigentliche Eskalation folgte, als mit der Flucht von Präsident Janukowitsch nach Russland 2014 das Moskauer Marionettenregime in Kiew beendet war und der Kreml die Annexion der Krim und die Besetzung der südöstlichen Gebiete von Donezk und Luhansk einleitete. Der Rat plädierte darauf für die Einheit des Landes und für die Sicherung politischer und anderer fundamentaler Rechte und Freiheiten der Bürger. Im aktuellen Krieg unterstützt der Rat humanitäre Hilfen, drängt auf die Evakuierung von Zivilisten sowie ukrainischen Soldaten aus umkämpften Gebieten und trifft sich zu interreligiösen Friedensgebeten.

Problematisch ist das Verhältnis zur Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats. Denn während sich die anderen Kirchen in der Ukraine selbstständig von der Politik äußern, bleibt die Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats ein verlängerter Arm der Moskauer Außenpolitik. Besonders kritisch fällt dies nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland und durch die ebenfalls durch Russland militärisch unterstützte Ausrufung der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk in der Ostukraine auf. Der Patriarch kritisierte diese Vorgänge nicht. Zudem lässt er zu, dass hier – europaweit betrachtet – eine Religionsverfolgung wie nirgendwo sonst herrscht. Auf der Krim erlaubt die verordnete russische Rechtslage den muslimischen, nicht-orthodoxen christlichen, jüdischen und anderen Gemeinden kaum ein Existenzrecht. Ihre Anhänger werden drangsaliert. In Donezk erklärte die Führung im Mai 2014 das orthodoxe Bekenntnis, wie es die Russische Orthodoxe Kirche vorgibt, zum vorherrschenden. Hierbei wird sie auch von Priestern des

Moskauer Patriarchats unterstützt. Alle anderen religiösen Gemeinschaften werden in ihren Aktivitäten stark eingeschränkt, ihre Geistlichen werden bedroht und Razzien während Gottesdiensten durchgeführt.

Patriarch Kyrill I. weigert sich, den am 24. Februar 2022 begonnenen Angriff auf die Ukraine zu verurteilen. Mehr noch: Er verteidigt ihn als einen „metaphysischen Kampf“ des Guten gegen das Böse und übernimmt damit die Position des Kremls vorbehaltlos. Als Folge wandern in der Ukraine die orthodoxen Gemeinden und Bischöfe, die dem Moskauer Patriarchat noch loyal untergeben waren, lawinenartig zur neuen Orthodoxen Kirche der Ukraine ab.

Zusammengefasst ergibt sich in der Ukraine das Bild, dass die Kirchen und Religionsgemeinschaften die postsowjetische Zeitenwende 1991 für einen offenen Dialog miteinander, mit der Gesellschaft und der Politik genutzt haben. Sie bilden für politische Diskussionen eine weitere Stimme, die eigene Argumente vorbringt. Sie liefern dadurch ein Modell für einen Diskurspluralismus und unterstützen den demokratischen Kurs der Ukraine. Sie haben also nicht den Weg gewählt, den das Moskauer Patriarchat verfolgt. Zudem verstehen sie die „nationale ukrainische Identität“ nicht als ausschließlich orthodox, sondern lassen auch kleine Kirchen zu. Daher ist die kirchliche Landschaft in der Ukraine als eine lebendige Erscheinung mit ganz unterschiedlichen Ausprägungen zu sehen, von denen eine die Dialogfähigkeit ist. Aus europäischer Perspektive ist diese Institutionalisierung wohl einzigartig. Im Gegensatz dazu gibt es keine Anzeichen dafür, dass das Moskauer Patriarchat seinen Kurs als Sprachrohr des Kremls aufgeben will.

¹ VCIOM Nachrichten: Religion in unserem Leben. Analytische Überprüfung, 11.10.2007, www.wlcom.ru/analytical-reviews/analiticheskii-obzor/religiya-v-nashej-zhizni [ausschließlich in russischer Sprache, letzter Zugriff: 23.08.2022].

² Norbert Zonker: „Der Moskauer Patriarch steht fest zu Putin“, in: katholisch.de, 04.03.2022, www.katholisch.de/artikel/33357-der-moskauer-patriarch-steht-fest-zu-putin [letzter Zugriff: 23.08.2022].

³ Inna Hartwich: Die Rolle der Religion in Russland. Von Atheisten zu gläubigen Christen, Bundeszentrale für politische Bildung, 03.02.2011, www.bpb.de/themen/europa/russland/47992/die-rolle-der-religion-in-russland/ [letzter Zugriff: 23.08.2022].